

Haushaltsrede der SPD-Stadtratsfraktion zum Haushalt 2020



SPD

SPD-Fraktion Deggendorf
www.spd-deggendorf.de

Haushaltsrede zum Haushalt 2020

des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Wolfgang Lorenz
am Montag, den 09. Dezember 2019

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Serie der positiven Haushaltsentwicklungen hat sich fortgesetzt. Konnte ich im Jahr 2017 erstmals positiv von einer „historischen Haushaltssitzung“ sprechen, da die Gesamthaushaltssumme damals über 97 Millionen betrug, freute ich mich im letzten Jahr darüber, dass in der finanziellen Entwicklung der Stadt nicht nur eine gewisse Kontinuität eingetreten war – sondern durch verschiedene positive Entwicklungen erstmals die „100-Millionen-Schallgrenze“ durchbrochen werden konnte.

Nach dem Motto „höher, schneller, weiter“ konnte uns heuer ein Haushaltsentwurf für 2020 vorgestellt werden, der mit einem Gesamtvolumen von über 109 Millionen Euro eine neue Rekordmarke in der Finanzgeschichte der Stadt Deggendorf setzt.

Nicht nur die Einkommen- und Umsatzsteuer haben sich positiv entwickelt, nein, auch das Gewerbesteueraufkommen befindet sich auf einem stabilen Weg nach oben.

Unser Stadtkämmerer Herr Florian Sterr hat uns diesen Rekordhaushalt 2020 bereits in mehreren Sitzungen nicht nur in der Fraktion und im Verwaltungsausschuss, sondern auch heute nochmals ausführlich vorgestellt.

Seine graphischen Darstellungen belebten die für manchen doch sehr trockene Materie und zeigten deutlich, dass wir finanzpolitisch auf einem guten Weg sind.

Dabei hat Herr Sterr immer wieder beeindruckend bewiesen, wie ausgezeichnet er in der Haushaltsvorlage „zu Hause“ ist, wie er den Haushalt verinnerlicht hat und wie viele Haushaltsstellen er auswendig kennt. Er konnte alle auftretenden Fragen aus dem Stegreif in den Sitzungen beantworten und war auch stets bereit Zusatzfragen telefonisch zu beantworten und „Spezialwünsche“ per Email zu erfüllen.

Im Namen meiner Fraktion danke ich Ihnen, Herr Sterr, Ihren Kolleginnen Frau Julia Reisinger und Alexandra Mandl und Ihrem gesamten engagiert beteiligten Team aus der Stadtkämmerei ganz herzlich.

Unser Dank gilt aber auch wie jedes Jahr allen Deggendorfer Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihren Fleiß und Unternehmensgeist die finanziellen Mittel erwirtschafteten, die uns in die Lage versetzen, diesen heutigen Haushalt zu beschließen.

Der Haushalt 2020, der heute zur Verabschiedung ansteht, ist der 7. Haushalt, der unter Herrn Oberbürgermeister Dr. Moser diskutiert und verabschiedet wird.

Wie jedes Jahr, wenn uns der Haushalt frei Haus geliefert wird, liegt dem Haushaltsentwurf ein Begleitschreiben des Oberbürgermeisters bei, das ich – sozusagen als Einführung und Aufwärmphase - zuerst lese und durcharbeite. Dieses sogenannte „Einbringungsschreiben“ ist besonders lesenswert, gibt es doch die Ziele, Einstellungen aber auch die Gemütsverfassung der Stadtspitze deutlich wieder, denn der Finanzplanungszeitraum reicht bis 2023 und Oberbürgermeister Dr. Moser nutzt dieses Schreiben nicht nur zur Vorausschau, sondern auch zur Rückschau.

In diesem Schreiben bedankt sich Dr. Moser bei den Stadträten herzlich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und, wer mag ihm da widersprechen, haben wir doch alle in zahlreichen Sitzungen um die besten Lösungen gestritten und gerungen.

Ja, wir haben auch gestritten und das ist gut so, wenn es um die Sache geht und man um bestmögliche Ergebnisse bemüht ist.

Schlecht wäre aber Streit wegen parteipolitischer Animositäten und eines durchschaubaren taktischen Geplänkels.

Davon hatten wir in der Vergangenheit genug und solche Zeiten sollten nicht wieder kommen.

Wir haben also im vergangenen Jahr viele wichtige und richtungsweisenden Entscheidungen weitgehend einvernehmlich gefällt und das hat unserer Stadt sichtlich gutgetan.

So ist nicht nur die Finanzkraft deutlich angestiegen, nein, auch die Einwohnerzahl ist allein in dieser Stadtratsperiode stärker angestiegen als in den letzten 3 vorangegangenen Stadtratsperioden.

Beim Durchlesen des angesprochenen „Einbringungsschreibens“ stolpert man sehr häufig über die Wörter „Schulden“, „Neuverschuldung“, „Nettoverschuldung“ usw.

Spätestens beim 5. Mal wird man hellhörig, beim 10. Mal fängt man zu zählen an und beim 20. Mal denkt man darüber nach, was diese Häufung der Wortverbindungen mit „Schuld“ zu bedeuten hat.

Beim Zählen der Wortverbindungen bin ich zunächst bei der Zahl 25 angekommen, aber nach dem Motto „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, habe ich den Computer nachzählen lassen und er kam tatsächlich sekundenschnell auf 26 Vorkommen bei 11 Seiten Text.

Diese Häufung hat natürlich eine Bedeutung und muss gewürdigt werden.

Jetzt kennt man ja aus der Psychologie den Begriff „Schuldkomplex“ als gesteigertes Schuldgefühl mit zahlreichen fatalen Auswirkungen auf das Gemüt bis zur depressiven Verstimmung. Auch hängt der Begriff „Verschuldung“ und „Schuld“ sprachwissenschaftlich sicherlich zusammen, aber einen Begriff „Verschuldungskomplex“ gibt es nicht und vergleichbare Auswirkungen sind ebenfalls nicht zu befürchten.

Dennoch soll ein genauerer Blick auf die Schuldenentwicklung der Stadt geworfen werden, zumal diese Schulden unter einem CSU-Oberbürgermeister bzw. einer CSU-Oberbürgermeisterin entstanden sind und die Stadtratsmehrheit stets bei der CSU und ihren „Verbündeten“ lag.

Betrag der Schuldenstand der Stadt 1974 nur 11,5 Millionen Euro, erreichte er 1982 einen vorläufigen Höchststand von 14,6 Millionen, steigerte sich 1993 auf 25,7 Millionen und stand 2006 bei rund 30 Millionen.

Der bisherige historische Höchststand der Verschuldung der Stadt wurde 2012 mit 38,4 Millionen Euro erreicht.

Die Nettokreditaufnahme betrug von 2000 – 2010 allein 9,2 Millionen Euro.

Der Vollständigkeit halber müssen noch die Verschuldungen der GmbHs und der Zweckverbände hinzugezählt werden.

Auch die Bürgschaften der Stadt müssen in Betracht gezogen werden:

War ihre Gesamthöhe ursprünglich einmal bei über 18 Millionen Euro, ist der Restbetrag jetzt auf 6,7 Millionen Euro geschrumpft.

Doch sind all diese Zahlen nur dann aussagekräftig, wenn man folgendes berücksichtigt:

1. Wofür wurden die Darlehen aufgenommen, wurde sinnvoll und nachhaltig investiert, haben sich die Investitionen bisher direkt oder indirekt gerechnet und wie wurde durch sie der Grundstein gelegt für die jetzige positive Entwicklung der Stadt?
2. Wurden sinnvolle, notwendige und nachhaltige Investitionen unterlassen?
3. Welche Zinsbelastung und welche Tilgungsleistung müssen von der Stadt aufgewendet werden?
4. In welchem Verhältnis steht der Schuldenstand zum Gesamt-Haushaltsvolumen des entsprechenden Jahres?
5. Wie hat sich die Pro-Kopf-Verschuldung im Laufe der Jahre verändert?
6. Wie sinnvoll oder unsinnig wäre es, wichtige Investitionen zu unterlassen um den Schuldenstand von derzeit 32,8 Millionen schneller als notwendig zu tilgen?
7. Wie sieht es mit der Generationengerechtigkeit bei der Verschuldung und bei den Investitionen aus?

All diese Fragen sind zu klären.

Die SPD-Fraktion hat in den vergangenen Jahrzehnten aus Verantwortungsbewusstsein und um auf Missstände hinzuweisen, immer wieder einmal gegen den einen oder anderen Haushaltsentwurf gestimmt. Trotz dieser Protestabstimmungen konnten die berühmten „notwendigen Bleistifte“ jeweils beschafft werden (Insider wissen wovon ich spreche!).

Zu 1. Unsinnig waren zum Beispiel die Investitionen in einen städtischen Schlachthof, der von den Metzgern nur unzureichend genutzt wurde. Die Betriebsdefizite wuchsen im Laufe der Jahre auf über 3,5 Millionen Euro an und am Schluss erfolgte nach dem Abriss die Abschreibung sämtlicher Investitionen auf Null. Fazit: „Außer Spesen nichts gewesen“.

Genauso unsinnig war es, das BGS-Übungsgelände am Himmelreich als Baugelände zu kaufen, die Erschließung zu verschlafen und dann ein Gelände unter Naturschutz zu stellen, das bereits schon vorher in öffentlicher Hand war. Die finanzpolitischen Abenteuer bei VHS alt und ITC früherer Zeit sollen hier nur am Rande Erwähnung finden.

Die undurchsichtige Vergabepaxis beim Bau des elyso und die unsinnige Investition in die „Weltneuheit Jumper“ und die Fehlinvestitionen in „Danubia Kom“ waren ebenfalls finanzielle Fehlgriffe.

Dagegen war jede Förderung der Technischen Hochschule Deggendorf nach dem Motto „do ut des“ eine zukunftsweisende Investition, die noch generationenlang nachwirken wird.

Zu diesen positiven Investitionen zählen auch die Errichtung der Stadthallen, der Kauf des Gewerbegebiets „Kreuzäcker“ und alle Investitionen in Kindergärten, Schulen und das Elisabethenheim.

Auch die Durchführung der Landesgartenschau zähle ich zu den positiven Investitionen, auch wenn sich die Stadt beim Grunderwerb nicht mit Ruhm bekleckert hat und heute noch darunter leidet, nicht alle Grundstücke erworben zu haben.

Auch die Investitionen in den Ausbau und die Pflege der Straßen, in das Kanalsystem und in den Ausbau der Kläranlage sind zukunftsweisend, auch wenn sie unspektakulär sind.

Zu 2. Manchmal wäre es aber auch besser gewesen, zur rechten Zeit mehr Geld in die Hand zu nehmen und zum Beispiel auf eine Kostendeckelung bei der Errichtung des elyso zu verzichten.

So werden jetzt Mängel sichtbar, die auf erzwungene Kosteneinsparungen beim Bau zurückzuführen sind und jetzt die Stadtwerke finanziell in Mitleidenschaft ziehen (u.a. mangelhafte Abdichtung zwischen Fliesenbelag und Betondecke, Abriss der „Weltneuheit Jumper“ und vieles andere mehr).

Auch die mangelhafte Bauausführung der Tiefgarage im Altstadtviertel rächt sich jetzt durch kostenintensive Sanierungsmaßnahmen.

Vielleicht werden wir es aber auch bald bedauern, dass wir die Garage unter den Deichgärten nicht zweistöckig ausgeführt haben – aber dies wird die Zukunft des Hochschulviertels zeigen.

Zu 3. Die für alle Sparer verhängnisvolle Nullzinspolitik der EZB hat für die Verschuldung der Stadt Deggendorf einen sehr positiven Aspekt: Die seit 5 Jahren durchgeführte Umschuldungspolitik hat zu einem Rückgang der Zinsbelastung von ehemals rund 1,5 Millionen Euro auf nurmehr rund 500 000 Euro im Jahr 2020 geführt, das heißt, die Zinsbelastung beim Schuldendienst hat sich innerhalb weniger Jahre gedrittelt. Des einen Leid, des anderen Freud.

Zu 4. Hier soll auch noch das Verhältnis aus Schuldenstand und Gesamthaushaltsvolumen genauer betrachtet werden:

2001 stand ein Schuldenstand von 23,1 Millionen einem HH-Volumen von 65,3 Millionen Euro gegenüber, also eine Quote von ca. 35 Prozent.

2006 betrug das Verhältnis 29,8 Millionen zu 58,7 Millionen, also etwas mehr als 50 Prozent.

2012 war das Verhältnis 38,4 Millionen zu 90,0 Millionen, also nurmehr 42,7%. Für den 31.12.2019 lauten die Ansatzzahlen: 32,8 Millionen zu 103,3 Millionen und das ergibt eine Quote von rund 31,8 Prozent.

Zu 5. Die Pro-Kopf-Verschuldung sinkt von 1 213 Euro im Jahr 2012 auf 971 Euro im Jahr 2020. Und das Erfreuliche ist, dass selbst bei Beibehaltung des Schuldenstandes die Pro-Kopf-Verschuldung sinkt, wenn der Bevölkerungszuwachs in der Stadt weiter anhält.

Zu 6. Manch einer unserer Stadtratskollegen mag nun einwenden, dass man vorhandene Überschüsse in eine stärkere Schuldentilgung stecken sollte. Dem begegne ich mit großer Skepsis.

Erstens ist die Zinsbelastung jetzt und auch für die nächsten 20 Jahre sehr gering, die Inflationsrate und der steigende Gesamthaushalt relativieren die Schuldenquote ohnehin und – und das ist das Wichtigste: Würden wir heute 1 Million zusätzlich in die Schuldentilgung investieren, könnten wir zwischen 1,5 und ca. 2 Millionen weniger in die Zukunftsentwicklung unserer Stadt investieren.

So war es sicherlich wichtiger die Gärtnerei in Stephansposching oder den Klosterberg und andere Grundstücke zu erwerben als die Verschuldung schneller zu reduzieren.

Als Vergleich und auch als Relativierung seien hier Schuldenstände der Länder pro Kopf genannt:

Bremen: 31 928 Euro, Hamburg 18 734 Euro, Baden-Württemberg 3 982 Euro und Bayern 1 121 Euro.

Die Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland beträgt 23 000 Euro und diese Zahl ist bereits mannigfaltig schöngerechnet.

Zu 7. Aus den Haushaltsentwürfen der letzten Jahre ist zu entnehmen, wie viel die Stadt bisher und auch in den nächsten Jahren in Kindergärten und Schulen investiert und wie viel für die Kinderbetreuung ausgegeben wird.

Allein dadurch wird die Frage nach Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit beantwortet.

Dasselbe gilt aber auch sowohl für den ITC als auch für unsere Stadthallen, deren Umwegrentabilität inzwischen unbestritten ist und zusammen mit Kitas, Kindergärten, Schulen, Sportstätten u.s.w. zu den sogenannten weichen Standortfaktoren gehören.

Auch die jeweiligen finanziellen Unterstützungen für unsere Hochschule haben zur positiven Entwicklung der Stadt beigetragen und tun es langfristig immer noch.

Genau diese weichen Standortfaktoren sind es aber, die Deggendorf für Alt- und Neubürger so interessant machen und so durch Zuzug nicht nur zu Wachstum, sondern auch zum Ausbau der Gewerbeansiedlungen und so zu finanziellem Wohlstand führt, der weitere Investitionen ermöglicht.

Wie wichtig die rechtzeitige Förderung von Kindern und Jugendlichen ist, geht immer sehr deutlich aus dem Bericht über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses hervor, wo Landrat Christian Bernreiter regelmäßig die Kostensteigerungen beklagt.

Auch für alle, die an den Aussprachen des Kinderschutzbundes teilnehmen, ist dies alles keine Überraschung. Hier gibt es noch viel zu tun – auch für die Stadt Deggendorf.

Eltern haben durch Beruf und gefühlten Stress immer weniger Zeit und Energie für die Erziehung ihrer Kinder, die veränderte Medienlandschaft stellt Eltern und Erzieher vor neue Herausforderungen und außerdem stellen Trennungen und Scheidungen für Kinder eine große Belastung dar.

Jeder investierte Euro in die Kinder- und Jugendhilfe bringt ein Mehrfaches an Gewinn für unsere Gesellschaft.

Nicht an Symptomen „herumdoktern“, nicht nur reparieren, nein – vorbeugen muss die Devise sein.

Die positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen muss eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe werden.

Doch die Aufgaben der Stadt sind noch weitaus vielschichtiger:

So wird eine weitere jahrelange Forderung der SPD nach konsequenter und zeitnaher Sanierung der Straßen heuer mit 1,8 Millionen Euro im Haushalt angesetzt, nachdem im letzten Jahr nur knapp 1,4 Millionen ausgegeben wurden. Bei rund 400 Straßen mit einer Gesamtlänge von über 200 km (davon 75% innerhalb bebauter Gebiete) ist dieser Betrag sicherlich nicht zu groß und reicht nur zur Verwaltung des Mangels aus. Dennoch kann einiges von der langen Warteliste abgearbeitet werden.

Dass die SPD-Stadtratsfraktion gerne für Kreisverkehre - an den passenden Stellen - plädiert, ist kein Geheimnis. Deshalb freut es uns besonders, dass heuer der Minikreisel in der Hirzau rechtzeitig vor dem Weihnachtsfest fertiggestellt werden konnte.

Auch die Radfahrerfreundlichkeit der Stadt kann noch erheblich verbessert werden.

Den zurzeit laufenden Breitbandausbau sehen wir mit einem lachenden und einem weinenden Auge.

Natürlich ist es für jeden Einsiedlerhof von Vorteil, wenn er mit 1 Gbit/s kostenlos an das Internet angeschlossen wird. Endlich kann man wenigstens hier mit Entwicklungsländern konkurrieren.

Dass aber in der Stadt Deggendorf und ihren Randgemeinden viele von dieser Geschwindigkeit nur träumen können, ist ebenfalls eine Tatsache und nach wie vor aktuell.

Doch zumindest werden die Schulen für ca. 125 000 Euro an das Glasfasernetz angeschlossen und WLAN auch auf den Donaupark ausgedehnt.

Jahrzehntelange Versäumnisse der Bundesregierung sind offensichtlich:

Bereits am 08. April 1981 hatte das Bundeskabinett noch unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Schmidt als erste Regierung weltweit beschlossen, in Deutschland flächendeckend ab 1985 Glasfasernetze zu bauen. Bis zum Jahr 2015 – über einen Zeitraum von insgesamt 30 Jahren also – sollte jedes Haus

eine superschnelle Glasfaserleitung bekommen. So steht es in den Kabinettsprotokollen des Bundesarchivs.

Leider wurden diese Pläne von Bundeskanzler Kohl gestoppt und Deutschland befindet sich digital nach wie vor auf dem Niveau eines Entwicklungslandes. Kupferkabel bekamen den Vorzug vor Glasfaserkabel und Bundespostminister Schwarz-Schilling, dessen Frau an der Projektgesellschaft für Kabel-Kommunikation mbH mit der Sonnenschein KG beteiligt war, vergaß auch noch, parallel zu den Kupferkabeln Leerrohre zu verlegen – ein verhängnisvolles Versäumnis.

Man sieht, dass Fehlentscheidungen, die auf Ideologie und Eigennutz basieren, uns noch nach fast 40 Jahren belasten und den Ruf Deutschland schädigen.

Ebenso findet sich das verbesserte Wohnbauprogramm für Familien – unser Antrag stammt aus dem Jahr 2007 – im Vermögenshaushalt 2020 unter der Ziffer 6/6200/9880 mit 20 000 EURO deutlich erhöht wieder und wir setzen darauf, dass auch in Zukunft Familien mit Kindern städtischen Baugrund zu reduzierten Kosten von der Stadt kaufen können.

Erfreulich ist auch bei diesem Haushalt die zügige Erneuerung bzw. Sanierung der Straßenbeleuchtung durch Auswechslung von Hg-Dampflampen (Quecksilber-Lampen) in Höhe von 150.000 €. Eine bessere Beleuchtung, ein größeres Sicherheitsgefühl, geringere Strom- und Wartungskosten sind dabei die Rendite.

Auch das Umrüsten der Verkehrsampeln auf LEDs muss weiter vorangetrieben werden, denn bei den LED-Verkehrsampeln sinken nicht nur die Strom- und Wartungskosten, sondern auch das Ausfallrisiko wird geringer, die optische Wahrnehmung wird verbessert und so die Verkehrssicherheit enorm gesteigert.

Unter den Verwaltungsnummern 3/3100/ 6610 + 7090 + 7099 finden wir Förderungen für „unsere“ TH-Deggendorf die wir ausdrücklich begrüßen.

Dabei hat das „Willkommensgeschenk“ für jeden Studenten bei Anmeldung von Deggendorf als Hauptwohnsitz für uns als Stadt durchaus auch einen nicht unerheblichen finanziellen Nutzen und der Betrag könnte kostenneutral auch merklich erhöht werden.

Weniger erfreulich ist die Kostenentwicklung bei der Sanierung der Tiefgarage im Altstadtviertel im Westlichen Graben (2,9 Millionen Gesamtsumme), aber darauf ist bereits verwiesen worden.

Als Sahnehäubchen des Haushaltes 2020 ist die Neuherstellung der Strandbar für 150 000 Euro. Allerdings wünschen sich viele Bürger die „Strandbar“ wie gehabt am Strand, wenn auch steigende Wasserstände immer wieder Kosten verursachen. Vielleicht ließe sich dieses Problem mit einer schwimmfähigen Strandbar aus der Welt schaffen.

Eines der großen Themen der Vergangenheit, aber auch der Zukunft, sind die Siedlungsentwicklung, der Flächenverbrauch, die Ab- und Zuwanderung und der demographische Wandel in Deggendorf.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der Ansatz für Grunderwerb in Höhe von 3 Millionen sehr zu begrüßen.

Die meisten Leute wollen in der Stadt wohnen, so dass sich die Abwanderung ins Umland trotz immenser Baulandausweisungen in den Gemeinden von Grafling bis Stephansposching (Grafling, Hengersberg, Lalling, Metten, Moos, Niederalteich, Offenberg, Otzing, Plattling, Schaufling, Stephansposching) stark „eingebremst“ hat.

Die Leute wollen in die Stadt ziehen, was natürlich erheblich mit den Versorgungs-, Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten zu tun hat, aber auch mit der ja bereits festgestellten „Alterswanderung“ in die bessere Infrastruktur für Senioren. Das ist u.a. auch der Grund, warum wir uns mit (verträglicher) Nachverdichtung beschäftigen müssen denn ältere Menschen bauen kein Einfamilienhaus auf der „grünen Wiese“. Und, auch wenn wir der Innenentwicklung einen Vorrang einräumen, können wir als zentrale Stadt auf eine verträgliche Außenentwicklung nicht völlig verzichten.

Laut den Statistiken die uns Herr Busch vorgelegt hat, besaß Deggendorf 2017 23 336 Beschäftigte am Arbeitsort Stadt Deggendorf.

Davon wohnten 13 064 auch in Deggendorf, zahlten also auch ihre Einkommensteueranteil an die Stadt.

10 272 Arbeitnehmer waren Einpendler, die zwar in den Landkreisgemeinden von Grafling bis Stephansposching wohnten, jedoch in Deggendorf arbeiteten. Die Folge davon ist ein hoher Anteil an Pendlern, die überwiegend mit dem Pkw anreisen, auf Grund der teilweise langen Anfahrten und regelmäßigen Staus einen Lebenszeitverlust erleiden und bei den Anfahrten mit den Autos viel CO₂ produzieren.

Eine Situation, die wenig nachhaltig ist.

Hier aktiven Umweltschutz zu betreiben und wieder Arbeit und Wohnen zusammenzuführen, muss eine unserer Hauptaufgaben der Zukunft sein, auch um einer ungebremsten Mietpreisssteigerung entgegenzuwirken, die die Erstellung eines Mietpreisspiegels nötig macht.

Die mehr oder weniger „ungehemmte“ Baulandausweisung ohne konkrete Bedarfsermittlung in den Umlandgemeinden in der heutigen Form hat keine Berechtigung mehr.

Alle Landkreisgemeinden außer Deggendorf weisen seit 2003 ein negatives, bestenfalls neutrales Bevölkerungswachstum auf, während die Gebäude- und Freiflächenentwicklungen von Grafling bis Stephansposching exorbitant steigen.

Da muss den Umlandgemeinden, die ebenfalls einen Selbstbindungsbeschluss zur Innenentwicklung gefasst haben, auf die Finger geschaut werden.

So wuchs zum Beispiel die Gebäude- und Freiflächenentwicklung der Umlandgemeinden des Landkreises Deggendorf seit 1980 um sage und schreibe 95,3% (Spitzenwerte Schaufling 168%, Lalling 166%, Stephansposching 135%, Offenberg 133%, Grafling 129%, und Hengersberg 95%), während diese Entwicklung in Deggendorf nur 53,6% betrug. Seit 2004 war der Zuwachs an Gebäude- und Freiflächen der Umlandgemeinden 15,5%, der von Deggendorf nur 9,2% (Spitzenwert Stephansposching 49,4% und Lalling 33%).

Deggendorf hat sich also einen „Speckgürtel“ zugelegt und Speckgürtel sind bekanntlich sehr ungesund.

In Deggendorf benötigen wir dringend eine zielgerichtete Baulandentwicklung, wollen wir uns nicht den Ast absägen auf dem wir (auch finanziell) sitzen.

Die angepasste Entwicklung des Klosterberges und der Schachinger Gärten muss zeitnah vollzogen werden, wollen wir uns nicht wieder einmal dem Vorwurf aussetzen, die Zukunft Deggendorfs zu verschlafen.

Dasselbe gilt für das Klosterviertel, dessen Planung bereits vorgestellt wurde.

Aufgrund des Verbotes des Glyphosateinsatzes auf den Friedhöfen werden sich nicht unerhebliche Aufwandskosten ergeben. Lag der Kostendeckungsgrad beim Bestattungswesen 2018 und 2019 noch über ansehnlichen 91%, so sinkt er auf Grund des hohen Einsatzes von zusätzlichen Arbeitskräften auf 74%.

Damit es für den Bürger bei der nächsten Gebührenkalkulation kein böses Erwachen gibt, immerhin müssen zusätzliche 156 Tausend Euro umgelegt werden, sollten unkonventionelle Wege gefunden werden.

Die Teilumwidmung in einen „Park“ könnte einer der Auswege sein.

Als Vergleich soll rein informell der Kostendeckungsgrad der Deggendorfer Parkhäuser und Tiefgaragen angeführt werden: Er liegt zwischen 8,1% im Parkhaus an der Stadthalle und 48,52% in der Tiefgarage Westlicher Stadtgraben. Alle Tiefgaragen und Parkhäuser laufen im Haushaltsverzeichnis unter „Kostenrechnende Einrichtungen“.

Inzwischen hat sich leider auch erwiesen, dass trotz preisgünstigen Angebots an innerstädtischen Parkplätzen sich die Leerstände in der Innenstadt beängstigend vergrößert haben.

Wir steuern zwar durch gezielte Programme dieser negativen Entwicklung entgegen, jedoch ist hier vor allem die Aktivität der Besitzer innerstädtischer Immobilien gefragt.

Trotz mancher noch zu erledigenden Hausaufgaben kann dieser Stadtrat im März seinen Nachfolgern ein wohl geordnetes Haus übergeben, das diese für nachfolgende Generationen weiter entwickeln und gestalten können.

Die SPD-Stadtratsfraktion stimmt diesem Haushalt zu.

In diesem Sinne bleibt mir zum Ende der Haushaltrede 2020 nur der traditionelle, alljährliche Wunsch:

**Deggendorf möge weiterhin leben, wachsen und blühen.
(Vivat, crescat, floreat!)**

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Wolfgang Lorenz
Fraktionsvorsitzender